

EINSCHREIBEN

Departement des Innern  
Regierungsgebäude  
9001 St. Gallen

Datum: 31. August 2020

Post-Code 98.00.864002.00124548

TE.2020.933/JKU – Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen  
Rekurs

---

Gruezi

In der rubrizierten Angelegenheit erhebe ich,

Alex Brunner, Bahnhofstrasse 210, 8620 Wetzikon

als Beschwerdeführer

gegen

Amtsnotariat Wil, Lerchenfeldstrasse 11, 9500 Wil

als Beschwerdegegner

wie folgt Rekurs.

## A Rechtsbegehren

§ Der von der Erblasserin vorgesehene Willensvollstrecker ist befangen.

## B Formelles

§ Die Verfügung wurde am 17. August empfangen, womit die 14-tägige Rekursfrist am 31. August ausläuft. Die Frist ist damit eingehalten.

§ Sämtliche Korrespondenzen sind ausschliesslich an meine Adresse in Wetzikon zu senden. Alle anderen Sendungen werde ich nicht mehr entgegen nehmen.

§ Das gesamte Departement des Innern ist als Rekursinstanz befangen.

§ Das Amtsnotariat Wil, aber auch das Departement des Innern bzw. der Kanton St. Gallen haben dem Beschwerdeführer zu beweisen, dass sie bzw. deren Handlungsbevollmächtigten berechtigt sind, hoheitliche Handlungen vorzunehmen, da sie Firmen oder Firmenteile sind.

## C Materielles

Im materiellen Teil werden sowohl das Rechtsbegehren als auch das Formelle abgehandelt, weil sie verknüpft sind.

Jede Handlung hat eine Ursache. Die rationalen Handlungen sind meist erklärbar, aber auch die rationalen sind wie die irrationalen durch das Unterbewusste gesteuert. Selbst wenn man gründlich recherchiert, sind viele rationale, aber für praktisch alle Menschen die unbewussten Handlungen nicht erklärbar. Die Zeit kann jedoch Erkenntnis bringen, die Vorgänge zu verstehen, erst recht, wenn man sich darum bemüht.

Aus diesem Grund sollte man sich zuerst endlich die Mühe nehmen, die Ursachen der heutigen Situation als Massstab zu nehmen und nicht einfach blind das standardisierte rationale und materialistische Schema betrachten, abhaken und daraus Bilanz ziehen oder gar Vogel-Strauss-Politik betreiben. Dieses standardisierte Vorgehen wird jedoch mit Vorsatz verwendet, weil es insbesondere in Gerichten Absicht ist, dass gewisse Vorgänge nicht mehr betrachtet werden dürfen, damit die begangenen Verbrechen nicht in die Öffentlichkeit gelangen, weil sie alles ins Gegenteil kehren würden.

Das zu verstehen ist nicht einfach, weil wir durch Kirche, Politik, Schule und Medien indoktriniert sind. Wir glauben nur noch, anstatt dass wir erfahren und zudem wird von der Idiotengesellschaft alles von den Behörden und Ämtern blind akzeptiert und angebetet, weil angeblich alles gesetzeskonform sei. Zudem wird die Mär verbreitet, dass die Staatsverwaltung durch die Parlamente kontrolliert werde. Die Behörden dürfen ja keine Verbrechen begehen, so der allgemeine Tenor. Tatsächlich sind es aber ausgerechnet die Behörden, die mit aktiver Duldung durch die Politik und der unmündigen und konditionierten Idiotengesellschaft diese Verbrechen fördern und begehen.

Dazu kommt, dass die Behördenkriminalität nicht nur einfach lokal und ein paar Jahrzehnte alt ist, sondern institutionell, also behördlich organisiert und Jahrtausende alt ist. Dies hat seinen geschichtlichen Hintergrund. Diesen zu erkennen und zu darzustellen, ist jedoch Schwerarbeit. Ich habe diese Aufgabe bewältigt, weshalb mir nur Verbrecher und Idioten versuchen ein X für ein Y vorzumachen oder sie als dummes Zeug abzustempeln. Den Gegenbeweis haben meine Gegner noch nie erbracht, weil sie dazu nicht in der Lage sind, da meine Vorbringen, insbesondere jene aus Verwaltung und Politik, auf offiziellen Akten basieren. Da ich alle meine Schreiben seit Jahren veröffentlicht habe und sich bis heute niemand darüber beklagt hat, obschon Regierungen und Parlamente davon Kenntnis haben, gilt es als akzeptiert.

Nachstehend wird das Vorgehen lediglich skizziert und mit eigenen und familiären Informationen ergänzt, die in den verwiesenen Dokumenten nur zum Teil enthalten sind. Lesen Sie zuerst diesen Rekurs durch und nachher zuerst als Übersicht «Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) – Kurzfassung»<sup>1</sup> und am Schluss die anderen beiden Manifeste «DER SPIEGEL»<sup>2</sup> und «Unser manipuliertes Rechtssystem»<sup>3</sup>.

Bilden Sie sich nicht ein, Sie müssten diese Dokumente nicht lesen, weil sie im Verhältnis zum Rechtsbegehren zu umfangreich sind. Wenn Sie ein Interesse haben, dieses und alle weiteren Verfahren ursachengerecht zu erledigen, dann sind Sie gezwungen, diese zu studieren und zu verinnerlichen, denn sie bilden die Grundlage, um zu erkennen und zu verstehen, was in dieser Welt seit Jahrtausenden abläuft. Um einen ersten Durchblick mithilfe dieser Dokumente und jenen hinter den weiteren Links auf meiner Homepage zu erhalten, benötigen Sie viel Zeit. Aber dann werden Sie immer noch nicht alles verstehen und einiges werden Sie nie begreifen.

---

<sup>1</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Kurzfassung (PDF, 22 Seiten)  
[https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung\\_3\\_welten\\_kurzfassung.pdf](https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung_3_welten_kurzfassung.pdf)

<sup>2</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à DER SPIEGEL (PDF, 282 Seiten)  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der\\_Spiegel.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel.pdf)

<sup>3</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Unser manipuliertes Rechtssystem (PDF, 523 Seiten)  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest\\_manipuliertes\\_rechtssystem.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf)

## Grundsätzlicher Überblick

Wenn ich die nachfolgenden Äusserungen oder Handlungen nicht selbst gehört oder gesehen hätte und ich heute diese Bilder nicht mehr abrufen könnte, so würde ich sie hier nicht niederschreiben.

### Der Anfang

Das Schicksal nimmt Ende der 1960er Jahre seinen Lauf, als der Bruder meiner Mutter die familieneigene Ferm in Frankreich sich selbst überliess und in die Schweiz zurück kam. Meine Mutter nahm ihn zuhause auf, richtete ihm ein Zimmer ein und fütterte ihn. Anfänglich arbeitete er nicht und liess sich bedienen, doch irgendwann nahm er eine Arbeit an. Wie lange dieser Zustand andauerte, weiss ich nicht.

In den 1960ern brummte die Wirtschaft und die jährliche Wachstumsrate der Jahre 1950-1973 betrug 4.4 Prozent des BIP. Das und der erhöhte Bedarf an Wohn- und Produktionsflächen, zusammen mit der Einführung der Bau- und Zonenplanung führten zu einem lukrativen Geschäft für Baulandspekulanten. Ich kann mich noch selbst erinnern, auch wenn ich nicht alles mitbekommen habe, dass mein Vater seine Liegenschaft fast täglich hätte verkaufen können. Das wollte er nicht und zudem war ihm auch bewusst, was sie wert war.

Diese Ereignisse passierten quasi parallel zur 68er-Revolution, einem Produkt der Frankfurter Schule<sup>4</sup>, deren Ziel es u.a. war, die Familie zu zerstören. Deshalb musste das bisherige Familienbild verändert werden, indem die Frauen nicht mehr zuhause waren, sondern sie mussten ebenfalls arbeiten gehen. Diese Tendenz war auch bei meiner Mutter vorhanden, auch wenn ich mich nicht daran erinnern kann, diese Aussage je direkt aus ihrem Mund gehört zu haben. Indirekt kamen diese eindeutigen Worte von Bekannten aus Winterthur und zwar in Anwesenheit vor dem Vater, die sie dazu ermunterten. Von den gleichen Bekannten habe ich heute noch in den Ohren, dass sie den Wert der Liegenschaft geringschätzten und den Vater zum Verkauf aufforderten, um sich als Arbeiter zu verdingen. In so einem Disput ertappte ich meine Mutter, die eine getätigte Aussage, die ich selbst gehört hatte, bei meinem Vater als unwahr abtat. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Schwester davon je etwas mitbekommen hat. Dieses Ereignis führte zum völligen Brechen des Verhältnisses mit meiner Mutter.

Wie sich die Ereignisse genau chronologisch ereigneten, kann ich nicht wiedergeben. Jedenfalls passierte das alles in der gleichen Zeitspanne. Dazu kam, dass der Bruder meiner Mutter immer mehr ein Dorn im Auge meines Vaters war, weshalb der Druck auf die Mutter grösser wurde, damit er auszog.

Später, als ich noch zur Schule ging, unternahmen wir sonntags jeweils Ausfahrten. Die Schwester war nie dabei und so erfuhr sie nicht, was vor sich ging. Es ist wie wenn es heute passieren würde, weil es für mich unerträglich wurde. Bei jeder neuen landwirtschaftlichen Siedlung, an der wir vorbeifuhren, kam sie ins Schwärmen womit offensichtlich wurde, dass sie mit dem alten Bauernhaus nicht mehr zufrieden war; sie war neidisch. Ich war damals zu unerfahren und/oder zu wenig selbständig, ansonsten ich nicht mehr mitgegangen wäre.

Als ich in die Lehre ging, wurde ich selbständiger und von den Problemen bekam ich nicht mehr viel mit. Der Vater wollte am Haus etwas sanieren und anbauen. Dazu habe ich während der Lehrzeit ein Projekt mit Kostenvoranschlag ausgearbeitet. Die Kosten waren für den Vater zu hoch, weshalb das Vorhaben nicht mehr weiter verfolgt wurde, aber doch noch zu reden gab. So erdreistete sich ein dahergelaufener Klugscheisser, der bis heute seinen Beruf und das was er vermittelte bis heute noch nicht begriffen hat, im zu sagen, was er zu tun und lassen habe. Ich kann mich noch genau erinnern, als er sagte, «Das müsse doch unbedingt gemacht werden.», als wir in der Scheune standen. Es wurde nichts gemacht und es funktionierte 30 Jahr später immer noch. Das war zu viel und von da an wurde er zuhause gebannt. Damit war das Familienleben endgültig geteilt. Das ist mit Sicherheit auch der

---

<sup>4</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Diverse Themen à Schule/Erziehung/Psychologie à Die Frankfurter Schule im Kontext (PDF, 14 Seiten);  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/frankfurter\\_schule\\_im\\_kontext.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/frankfurter_schule_im_kontext.pdf)

Grund, weshalb er auch die Schwester auf den Pflichtteil setzte. Von seinem Testament, das er später erliess, wusste ich so wenig wie alle anderen. Nachträglich kann ich mich nur erinnern, als er mich bei Waldarbeiten fragte, was ich mit dem Wald machen werde. Ich wusste es nicht, weil ich mich mit seinem Ableben und dem Erbe noch nie auseinandergesetzt hatte. Das Thema war damit beendet.

Als ich in der weiteren Ausbildung war, wohnte ich immer noch zuhause. Das gemeinsame Mittagessen, sofern ich anwesend war, wurde immer mehr zur Qual, bis ich eines tags auszog und alles verliess. Bei einem überraschenden Besuch meiner Mutter hinterliess sie mir verdeckt ein Kuvert mit 5000 Franken. Dieses Geld habe ich via meine Schwester wieder zurückgegeben. Ich wollte meinen eigenen Weg gehen. Die Mutter sah ich höchstens, wenn ich bei der Schwester war. Aber ich zog mich immer mehr zurück, weil mir die Situation immer weniger gefiel.

## Die Rückkehr

Etwa sechs Jahre lang war ich gar nicht mehr zuhause, bis mein Vater mit mir Kontakt aufnahm. Er wollte bauen und zudem war in der Gemeinde eine kompliziert organisierte Zonenplanung angelaufen. Dabei mussten wir zusammen den Irrsinn gewisser Kreise entkräften, der von den Behörden vertreten wurde, weil diese versuchten, ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Im Rahmen der Zonenplanung hat die Gemeinde die wichtigen Landeigentümer angeschrieben und sie zu ihren Absichten schriftlich befragt. Ich war dabei noch nicht involviert. Jedenfalls geht daraus einwandfrei hervor, was er wollte und zudem hat er mir seine Vorstellung mündlich ergänzt. Dank der nicht von ihm angezettelten Intrigen blieben sie Idee.

Es ist nicht so, dass er seine Frau hasste, obschon er mit ihr ein Hundeleben fristete, denn als ich mich in einem Gespräch mit ihm kritisch gegenüber der Mutter geäussert hatte, verteidigte er sie.

Als ich später die Liegenschaften übernommen hatte, traf ich einen ehemaligen Nachbar, als ich im Wald arbeitete. Das Gespräch war ganz ungezwungen und dann fragte er mich plötzlich, auf welcher Seite ich stand. Sein Benehmen bestätigte mir das Geschriebene.

Mit dem Bewilligungsverfahren des erstes Bauvorhabens wollte es ebenfalls nicht klappen, weil wiederum die gleichen Kreise einen Strich durch die Rechnung machen wollten. Dabei liess sich die Baukommission vor diesen Karren spannen, selbstverständlich nicht gratis. Dieser Angriff wurde pariert, aber die nächsten warteten bereits. In der Folge nötigte mich die Baukommission bzw. der Gemeinderat vollendet.

## Tod des Vaters und Übernahme der Liegenschaften

Als ich meinen Vater tot auffand, musste ich das Bezirksamt aufbieten. Als der Bezirksammann Brunschwiler mit seinem Schreiber und ich auf den Amtsarzt warteten, unterhielten wir uns. Auf einmal sagte Brunschwiler, er war zugleich auch der oberste Strafverfolger im Bezirk: «Es ist unglaublich, was da alles passiert!» Gemeint war, was in strafrechtlicher Hinsicht passierte. Er äusserte sich nicht konkreter und ich fragte auch nicht nach. Ich sagte mir jedenfalls innerlich, dass ich mir das nie bieten lassen werde und jeden Angriff im Keim ersticken würde. Was ich damals noch nicht wusste, war, dass er diese Kriminalität mit seinem Verhalten unterstützte und sogar selbst vorsätzliche Verbrechen beging.

Bedingt durch die gesamten Umstände wollte ich unter allen Umständen vermeiden, dass die Erbteilung, die mich bevorteilte, nur den Anschein erwecken konnte, dass sie nicht transparent durchgeführt sei. Zu diesem Zweck beauftragte ich u.a. Bezirksammann Brunschwiler, der die letztwillige Verfügung verfasst hatte, den Erben gemeinsam zu erklären, wie die Erbteilung zu vollziehen sei.

Dieses Treffen erfolgte nach meinen Aufzeichnungen am Dienstag 17. November 1998, an dem er allen Erben erklärte, wie die Teilung zu vollziehen sei und so wurde sie noch am gleichen Tag im ersten Entwurf vorgenommen und nachher umgesetzt. Ich realisierte erst später, dass er uns belogen bzw. mich betrogen hatte. Theoretisch hätte ich es noch rückgängig machen können, aber das hätte mit Sicherheit einen Streit entfacht. Das wollte ich verhindern und zudem strebte ich einen endgültigen

Bruch an. Leider war dies nicht möglich, weil ich deswegen auf ihre Darlehen angewiesen war. Also musste ich gute Miene zum bösen Spiel machen.

Heute muss ich feststellen, dass meine Mutter ihre Verfügung am Mittwoch 4. November 1998 erliess, also nicht einmal zwei Wochen vor diesem Treffen. Ich behaupte hier keineswegs, dass meine Mutter ihn dazu angestiftet habe, sondern dass Brunschwiler ein anderes Szenario verfolgte bzw. verfolgen musste. Das wird noch zu klären sein.

## Die versuchte Bebauung, 1. Teil

Bereits unter meinem Vater wurde durch die Bewilligung eines Einfamilienhauses die Bebauung des Gros des eingezonten Baulandes angegangen. Die Aufträge für die ersten Erschliessungsarbeiten waren vergeben, aber mit den Bauarbeiten wurde erst nach seinem Tod begonnen. Das Bewilligungsverfahren für das Einfamilienhaus war, bedingt durch die Problematik der Erschliessung wieder ein Kampf. Wenn er diesmal etwas einfacher war, so nur deshalb, weil sich ein Gemeinderat lukrative Geschäfte erhoffte. Die Angriffe waren wieder gezielt gegen den Grundeigentümer gerichtet.

Nun ging es darum, die Erschliessungsplanung voranzubringen, wozu mich der Gemeinderat autorisierte. Doch dabei kamen die früheren Verbrechen der Baukommission bzw. des Gemeinderates an den Tag, weil sie die damaligen Ersteller bevorteilt und dafür die angrenzenden Grundeigentümer benachteiligten. Die Baukommission bzw. der Gemeinderat hatte dafür kein Gehör, obschon keines der Mitglieder dafür verantwortlich war und ignorierte es. Ganz im Gegenteil, Anforderungen wurden verändert bzw. verschärft.

Das akzeptierte ich nicht, weshalb ich mich für eine Aufsichtsbeschwerde entschied. Gleichzeitig beschloss ich, den neuen Gemeindevorstand, der lediglich eine Windfahne war, bei den kommenden Gemeinderatswahlen ersetzen zu lassen.

Was ich damals wegen mangelnder Geschichtskennntnisse nicht wusste, war, dass ich deshalb unbewusst u.a. auch jene Leute ansprach, die in den einschlägigen kriminellen Kreisen aktiv sind. Damit war die Gegenseite, also Babylon<sup>5</sup>, von Anfang an in die Pläne eingeweiht, womit das Gegenkomitee die Wahl haushoch verlor, denn Babylon verfügte Zugang zu allen Mitteln.

Die deswegen eingereichte Wahlbeschwerde wurde vom Departement des Innern niedergeschlagen. Was ich damals jedoch noch nicht wusste, das Departement des Innern musste diese Beschwerde vorsätzlich abweisen, um das babylonische System zu schützen.

## Die Aufsichtsbeschwerde und ihre Konsequenzen

In der eingereichten Aufsichtsbeschwerde rügte ich nicht nur jene Bereiche, bei denen ich direkt betroffen war, sondern beanstandete u.a. auch, dass die Berichte der kommunalen Geschäftsprüfungskommission (GPK) an die Bürgerversammlung nicht nach Gesetz abgefasst seien. Diese Beschwerde reichte ich beim Departement des Innern ein, das es ins Baudepartement überwies. Schlussendlich musste sie von der gesamten Regierung entschieden werden, weil Zwangsmassnahmen gegen die Gemeinde zu ergreifen waren.

Die wichtigsten Punkte waren ein Strafverfahren und die Aufarbeitung der Baubewilligungsverfahren der letzten elf Jahre. In Sachen der GPK-Berichte gab sie keine Folge, was noch nichts bedeutete. Der Rest der Entscheide war diffus bis ablehnend; das hatte System.

Die Sache der GPK-Berichte verfolgte ich vor allem, weil die neuen Berichte immer noch nicht aussagekräftig waren, weshalb ich eine erste Analyse vornahm. In der Folge kam es im Sommer 2001 zu einer Besprechung mit der damaligen Vorsteherin des Innern, Kathrin Hilber und ihres damaligen Generalsekretärs Hans-Rudolf Artha. Dabei erklärte sie mir, dass es zwei GPK-Berichte gebe, einen internen und einen externen. Das damalige Gemeindegesetz sah jedoch nur einen Bericht vor und dieser musste zuerst dem Gemeinderat vorgelegt werden und nur Rechenfehler und Verschriebe durften nachher

---

<sup>5</sup> Der Ausdruck Babylon, Babylonier, babylonisch wird in den erwähnten Texten erklärt.

korrigiert werden. Nach Gesetz konnte die GPK dem Gemeinderat zusätzlich Anregungen unterbreiten. Mit andern Worten, die sogenannten Anregungen enthielt den gesamten Bericht mit allen Verfehlungen, soweit sie überhaupt entdeckt und zudem noch aufgeführt wurden und der gesetzliche Bericht enthielt nur noch dummes Geschwafel. Bei diesem Bericht ist immer alles in Ordnung und jährlich müssen nur noch die Variablen ausgetauscht werden. Das ist eine der Grundlagen, weshalb die Behördenkriminalität in den Kommunen so grassiert, weil das Herrschaftsmittel der Kontrolle ausgeschaltet wurde. In der Folge recherchierte ich die Entwicklung der Gesetzgebung des Gemeindegesetzes sowie des Vorgängergesetzes und stellte fest, dass dieses systematisch verändert wurde, damit keine wichtigen Informationen mehr an die Bürgerversammlung gelangten. In den folgenden Jahren wurden aus dem Gemeindegesetz noch die letzten Elemente entfernt, die noch eine teilweise und bescheidene Kontrolle ermöglicht hätte. Doch diese wurden, wie bereits in früheren Jahren, mit internen Verwaltungsrichtlinien ausgehebelt. Heute gibt es aus diesen Ämtern nur noch eine Stimme, die nur noch Lügen verbreitet, um das dahinter versteckte, kriminelle babylonische System zu kaschieren. Dieses Vorgehen lässt sich mit der Einführung des Gemeindegesetzes, also mehr als 40 Jahre zurück auf dem Gesetzesweg nachweisen. Dabei ist anzumerken, dass die verwaltungsinternen Massnahmen bis in die 1950er Jahre zurück gehen, weil die Aufhebung der Kontrolle auf kommunaler Ebene lediglich das kleinere Pendant ist, was mit der neuen babylonischen Ideologie auf Staatsebene vollzogen wurde. Und nun will das Departement des Innern, das die Zerstörung der Familien fördert, die Gesellschaft zerrüttet, die babylonischen Verbrechen schützt und gleichzeitig selbst systematisch delinquent, als (babylonischer) «Schiedsrichter» auftreten.

Die Aufarbeitung der Baubewilligungsverfahren zeigte, dass rund ein Viertel der Dossiers zu beanstanden war. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich dabei nur um formelle «Fehler» handelte. Bei 49 Dossiers fehlte die kantonale Bewilligung und bei zwölf waren weitere Abklärungen erforderlich. Beim Rest musste die kommunale Bewilligung nachgeholt werden. Die Regierung, aber auch die Anklagekammer hielt fest, dass das Nichteinholen von kantonalen Bewilligungen das Delikt der ungetreuen Amtsführung erfülle. Die Prüfung erfolgte nicht bezüglich Amtsmissbrauch, also ob jemandem einen unrechtmässigen Vorteil verschafft oder einem andern einen Nachteil zugefügt wurde. Auch hier kann wieder festgehalten werden, dass man das nicht kontrollieren durfte, um gewisse Kreise zu schützen. Aber diesen Amtsmissbrauch gab es aber zuhauf; bis heute.

Nebst der Regierung, habe ich ebenfalls eine Strafanzeige gegen den Gemeinderat und Konsorten eingereicht. Zuerst muss man sich einmal bewusst werden, dass im Kanton St. Gallen eine Strafanzeige nicht von der Staatsanwaltschaft direkt bearbeitet werden darf. Diese muss bei Behördenmitgliedern und Beamten zuerst das sogenannte Ermächtungsverfahren durchlaufen. Dieses stammt aus dem Jahre 1806, musste 1942 wegen dem eidg. Strafgesetzbuch aufgegeben werden, doch dann wollte die Regierung dieses Verfahren wieder bei sich haben und unterbreitete es dem Kantonsrat mit einer Lüge. Schlussendlich wurde die Anklagekammer und nicht die Regierung als «Selektionsorgan» eingesetzt. Bei diesem Verfahren wird den Beschuldigten die Strafanzeige zur Stellungnahme unterbreitet. Dieses Verfahren ermöglichte es, dass ich die Korrespondenz dazu erhielt. Daraus geht hervor, dass die Regierung den Gemeindammann Isenring begünstigte, ihn also nicht anzeigte, obschon er in der Baukommission sass. Aus dem Entscheid der Anklagekammer geht hervor, dass nur einstweilige Ermittlungen gegen den Baupräsidenten aufgenommen werden durften. Aus einer kleinen Zeitungsnotiz, die mir zugespielt wurde, ging hervor, dass der Baupräsident zweitinstanzlich freigesprochen wurde. Dabei ging es nicht um die beschriebenen Delikte, sondern um ein Ausstandsverfahren. Damit wurde die Behörde weissgewaschen, womit die Kriminalität weiter gehen konnte. Der damalige Baupräsident hatte es mehrfach unterlassen, die kantonalen Bewilligungen einzuholen und der Gemeindammann Isenring, der ehemalige Grossratspräsident, war ebenfalls aktiv involviert. Das zeigt, dass die gesamte Regierung Verbrechen begeht, um ein kriminelles System zu schützen, denn es ist offensichtlich, dass nicht nur die Anklagekammer, das ist eine Abteilung des Kantonsgerichtes, sondern alle Gerichte Verbrechen begehen. Dazu später mehr.

## Der Kantonsrat

Die daraus gewonnenen ersten Erkenntnisse fasste ich an den Kantonsrat zusammen. Auf die erste Eingabe trat er nicht ein und bei der zweiten Eingabe erhielt ich die Gelegenheit vor der Rechtspflegekommission zu erscheinen. In dieser Kommission sitzen nur vorsätzlich Kriminelle und völlige Idioten, die von ersteren wie Kinder behandelt werden. Von einem babylonischen Kantonsrat wurde mir mitgeteilt, dass mein Vortrag gut angekommen sei. Trotzdem wies der Kommissionspräsident vor dem Kantonsrat meine Vorbringen vollständig ab. Auch dieses Vorgehen hatte System, denn es folgt, wie wir noch feststellen werden, einem übergeordneten Ziel.

## Die versuchte Bebauung, 2. Teil

Als ich mich nach dem Erhalt des Entscheides über die Aufsichtsbeschwerde wieder dem Bauvorhaben widmete, wusste ich natürlich noch nichts von den vorgängig beschriebenen Ergebnissen. Diese Erkenntnisse tröpfelten erst über die Jahre zusammen.

Nachdem ich den Gemeinderat zuerst in Verzug setzen musste, weil er meine Angelegenheit nicht bearbeitete, erhielt ich anschliessend von der Baukommission eine Abrechnung für die geleisteten Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt. Das war nie so abgemacht, weshalb ich Rekurs an den Gemeinderat erhob. Dieser liess auf sich warten, weshalb ich ihn in Verzug setzte. Dann erhielt ich eine Mitteilung, dass Abklärungen bei der Rechtsabteilung des Baudepartements liefen und ich mitzuteilen habe, ob ich die Erschliessungsplanung, wie sie mir einmal zugesprochen wurde, weiterhin vornehmen wolle. Das ist eine Nötigung. Die Gemeinde wäre zudem bereit, diese Planung auf der Parzelle 1755, das ist die Landwirtschaftsparzelle und nicht die Baulandparzelle 3150, selber durchzuführen. Auf den Rekurs bezüglich der Rechnung wurde immer noch nicht eingegangen. Deswegen setzte ich den Gemeinderat weiter in Verzug. Nachdem er von sich nichts mehr hören liess, willigte ich Ende Januar 2002 ein, dass der Gemeinderat die Planung für die Parzelle 1755, also die Landwirtschaftsparzelle und nicht die Baulandparzelle an die Hand nehmen soll. Nachdem seit der Rechnungsstellung dreiviertel Jahre ohne Resultat vergingen, erliess der Gemeinderat innert einer Woche alle erforderlichen Entscheide zur Planung. Der Gemeinderat plante jedoch nicht auf der Landwirtschaftsparzelle 1755, sondern auf der Baulandparzelle 3150, wofür ich ihn nie ermächtigte. Damit wurde die Nötigung vollendet, aber sie zeigte für die Täter nie Folgen, weil der Staat, also Parlament, Regierung und Gerichte, aber auch Staatsanwaltschaft und Polizei, keine Strafverfolgung gegenüber Behördenmitglieder und Beamten wollen, damit das kriminelle babylonische System am Leben gehalten werden kann.

## Der Konkurs

Ende 2000, nach geschlagener Schlacht, empörte sich meine Schwester und dabei insbesondere ihr Klugscheisser, ich würde das Geld sinnlos verspielen. Als Lehrer weiss man natürlich angeblich immer alles besser, insbesondere gegenüber den Kindern. Aber die tatsächlichen Probleme des Lebens kennen sie nicht. Sie sind nicht einmal bereit, sich damit auseinander zu setzen, weil sie nur glauben und nicht bereit sind, selbst zu prüfen oder zu hinterfragen, weil sie nicht wissen, was das ist und das so oder so viel zu viel Arbeit gäbe und man wahrscheinlich verschiedentlich anecken könnte. Das ist besonders für Speichellecker nicht geeignet.

So kam es, dass auf Treiben dieses Klugscheissers zuerst meine Schwester das Darlehen kündigte. Obschon ich damals nur einen Teil vom Beschriebenen wusste, war mir klar, dass ich unglaublich mächtige Gegner hatte, die sehr gut vernetzt waren. Deshalb war mir bewusst, sollte ich die Darlehen ablösen, würde sich das Problem nur verschieben, denn ich stand nun auf der «Abschlussliste», weil ich ein kriminelles System (teil-)aufgedeckt hatte. Obschon ich ein diesbezügliches spontanes Angebot erhielt, lehnte ich ab, weil das viel zu gefährlich war, denn eines Tages würden mir die finanziellen Mittel fehlen und dieses Ereignis wollte ich um jeden Preis verhindern, denn dann würde man mich strafrechtlich verfolgen und gänzlich vernichten. Aus diesem Grund gab es nur eine Möglichkeit: Aussitzen! Die Schwester konnte ihr Anliegen nicht durchsetzen. Die Mutter, wiederum vom Gleichen angetrieben, schaffte es, weshalb es zum Konkurs kam.

Die Konkursverfahren werden in den Konkursämtern und in den Gerichten völlig willkürlich bearbeitet und zwar nicht nur lokal, sondern institutionell in der ganzen Schweiz. Wie noch erklärt wird, hat das System.

Der Gemeinderat Flawil forderte im Konkursverfahren ebenfalls seine Aufwendungen für die Planung der Erschliessung der Baulandparzelle ein, obschon er dazu von mir nie einen Auftrag erhalten hatte. Mit andern Worten, er beging Konkursbetrug!

Heute soll ich mir gefallen lassen, die Verlustscheine am Erbe abziehen zu lassen. Um das zu verstehen, müsste man sich genauer mit der «Arbeit» des Konkursamtes auseinandersetzen. Das haben weder meine Schwester noch ihr Klugscheisser und schon gar nicht meine Mutter getan. Aus den vom Konkursamt selektionierten Akten geht immerhin noch hervor, dass es zum Verkauf vom Mehrfamilienhaus eine weitere Offerte gab. Offiziell gab es jedoch nur eine Offerte. Von der Mieterschaft habe ich zusätzlich erfahren, dass jemand aus dem Haus an einer Offerte mitgearbeitet habe. Auch wurde die Grössenordnung des Angebotes übermittelt. Anhand der für die Übernahme erstellten Schätzung, konnte ich den Verkehrswert aufgrund der neuen Daten leicht aktualisieren und die gemachte Grössenordnung bestätigen. Das offizielle Angebot war jedoch mehr als eine Million Franken tiefer! Mit andern Worten, die Gläubiger haben sich mangels eigener Kontrolle selbst geschädigt. Wären sie ihren Pflichten vollumfänglich nachgekommen, hätten sie gar keinen Schaden erlitten. Daher sind sie für diesen Schaden selbst verantwortlich.

Es zeigt sich hier eindeutig, dass diese Klugscheisser die meinen, alles besser zu wissen und anderen vorschreiben wollen, was sie zu tun und lassen haben, gleichzeitig unfähig sind, ihre eigenen Rechte wahr zu nehmen. Sie sind unfähig, nur die elementarsten Kontrollfragen zu stellen und lassen sich alles gefallen. Aber genau solche Idioten züchtet Babylon, insbesondere in der universitären Ausbildung, denn nur mit ihnen ist es möglich, eine Sklavenherrschaft zu errichten. Aber diese Idioten applaudieren dabei sogar und bemerken gar nicht, dass sie noch viel mehr unterjocht werden. Nein, wir haben Demokratie und wir sind doch frei, wird behauptet.

Abschliessend sei noch erwähnt, dass mir im Jahre 2005 jemand folgende Aussage eines Dritten mitteilte: «Der ist erledigt, der hat keine Chance mehr!» Wenn man die Geschichte studiert, findet man den Hinweis «Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.» Rebellen sind jene Menschen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen. Aber ausgerechnet das habe ich getan. Im Volksmund gibt es aber auch noch das Sprichwort: «Tot geglaubte leben länger.»

## Die Aufdeckung

Schon im Jahre 2002 sagte ich im Kantonsrat, dass wegen der gewaltigen Behördenkriminalität die parlamentarische Oberaufsicht fehle. Respektvoll aber ängstlich wurde ich darauf hingewiesen, dass Gewaltenteilung herrsche. Als ich die vorsätzliche Kriminalität im Konkursamt sah, entschloss ich mich, zu prüfen, wie die parlamentarische Oberaufsicht früher funktionierte. Und siehe da, die Justizkommissionen in den Kantonen Zürich und Schaffhausen prüften bis in die 1950er Jahre die Gerichtsurteile inhaltlich, bis sie die Kontrolle angeblich wegen der Amtsgeheimnisverletzung einstellten. Diese Protokolle habe ich bisher nur in diesen beiden Kantonen einsehen können. In allen andern und im Bund sind sie in den Archiven nicht öffentlich zugänglich oder bei der Regierung unter Verschluss, weil sie «heikel» seien. Aus den Protokollen aus Schaffhausen ergibt sich schlüssig, dass mit dem Amtsgeheimnis des Strafrechts die Verfassungsrechte ausgehebelt wurden.

Die Analyse der Amtsberichte der Gerichte des Bundesgerichtes und des Kantons Zürich in textlicher und statistischer Hinsicht vervollständigte das Bild, indem es vor allem beim Bundesgericht, folgend auf das Nichtvorhandensein der GPK-Plenarprotokolle, zu massiven Einbrüchen der Gutheissungen im Bereich Schuld-Betreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) kam. Nachdem die Anzahl der Beschwerden ans Bundesgericht in der Zeit von 1950 bis 1970 sowohl absolut als auch relativ zur Bevölkerung rückläufig waren, nahmen sie ab 1971 ganz massiv und praktisch linear zu. Das war eine direkte Folge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht, die als Ideologie Gewaltenteilung bekannt ist.



Damit wird erkennbar, dass die Parlamente in Bund und Kantonen die Oberaufsicht von sich aus aufgegeben haben. Aber nicht nur die Regierungen und Gerichte halfen dabei tatkräftig mit, sondern auch die babylonischen Universitäten trugen mit dazu bei, die Ideologie Gewaltenteilung zu etablieren. Sie verfolgen daher nicht die Interessen der Einwohner, sondern jene von Dritten; nämlich Babylon.

Das ist aber noch nicht alles. Mit dieser Aufdeckung ist bewiesen, dass alle Gerichte gemäss Artikel 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101) weder unabhängigen noch unparteiischen sind. Die Schweiz hat diese Konvention am 28. November 1974 in Kraft gesetzt. Mit andern Worten, sämtliche Gerichtsurteile sind seither ungültig und zwar nicht nur jene des Bundesgerichtes, sondern alle bis hinunter zur ersten Instanz!

Dazu kommt noch, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine diesbezügliche Klage vorsätzlich abwies. Damit ist bewiesen, dass die aufgedeckte Behördenkriminalität international ist, denn die Politiker in allen Ländern haben davon Kenntnis, weil sie Lakaien von Babylon sind.

Herrschaft kann man nur ausüben, wenn man anordnen, kontrollieren und sanktionieren kann. Fehlt nur eine der drei Führungstätigkeiten, so kann keine Herrschaft mehr ausgeübt werden. Das griechische Wort Demokratie wird als Volks-Herrschaft übersetzt, womit offensichtlich wird, dass das Volk keine Herrschaft mehr hat. Wenn man jedoch den ganzen Mechanismus der Herrschaft versteht, so ist es so, dass es in den letzten sechstausend Jahren auf diesem Planeten noch nie eine richtige Demokratie gegeben hat.

Wenn man das einmal verstanden hat, so beginnt man sehr vieles zu hinterfragen und deren Entstehung, Widersprüche und Veränderung zu recherchieren, insbesondere die Geschichte. Dann fängt alles, aber wirklich alles, an zu wanken, weil alles auf Axiomen, also Behauptungen, aufgebaut ist. Aber diese Behauptungen, die nichts anderes als Lügen, also verkleidete Ideologien, sind, können nur mit Hilfe der Politik umgesetzt werden. Dabei ist das gesamte gesellschaftliche Leben betroffen, angefangen vom Recht, dem gesamten Gesundheitswesen, der Physik und vieles mehr. Aber ausgerechnet das Gesundheitswesen ist momentan daran, die Führung in diktatorischer Absicht über die gesamte Gesellschaft zu übernehmen. Gehilfe ist die Ideologie COVID-19<sup>6</sup>, denn dabei geht es nicht um Viren, sofern es sie denn gibt, diese sind bloss Mittel zum Zweck. Nur Idioten glauben an die bösen Viren. Diese Krankheit wird künstlich ausgelöst. Daher wäre es wirksamer, die Eigentümer und Betreiber der Mobilfunkanlagen (inkl. jener in den Gebäuden) in die Pflicht zu nehmen, anstatt Symptome zu bekämpfen. Dann würde diese Pandemie sofort verschwinden. Aber die gleichen Idioten lassen sich damit einmal mehr unterordnen, ja sie begrüßen alle diktatorischen Massnahmen und gehen aggressiv gegen deren Gegner vor. Daraus wird ersichtlich, wie verblödet diese Gesellschaft ist. Sie ist nicht einmal bereit, Fakten zu prüfen, weil alle Einschränkungen als «wissenschaftliche Tatsachen» daherkommen. Aber wenn man die Geschichte nicht kennt, wie diese «exakte» Wissenschaft entstanden ist, wird man das alles für das absolut Wahre halten, obschon praktisch alles, was die Wissenschaft hervorbringt, lediglich Spekulation ist.

## Bezirksämter und deren Nachfolger

Mit der Aufhebung der Bezirksämter wurden deren Arbeitsbereiche aufgeteilt: Die Strafverfolgung wurde bei der Staatsanwaltschaft und die Notariatsarbeiten bei den Notariaten konzentriert. Beide Institutionen wurden neu geschaffen und hierarchisch den Departementen unterstellt; vorher hatten sie eine Sonderstellung.

Nachdem sich Bezirksammann Brunschwiler bereits eindeutig geäussert hatte, was da alles passiere, bedeutet diese Aussage, dass er diesen Verbrechen nicht nachging, aber auch, dass er ihnen im Bereich der Behördenmitglieder und Beamten nicht nachgehen durfte, weil die Anklagekammer dies mit vorsätzlicher Duldung von Regierung und Kantonsrat verhindert. Er beugte sich lieber diesen politischen Vorgaben, denn als Beamter war es ihm ebenfalls möglich, Verbrechen zu begehen. Und wenn

---

<sup>6</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) → Drei Welten → Deutsch → Ideologie COVID-19  
[https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ideologie\\_covid\\_19.pdf](https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ideologie_covid_19.pdf)

er die babylonischen Vorgaben der Politik getreu umsetzte, wurde ihm das auch erlaubt. Im Anzeigefall musste er wohl sein Verhalten rechtfertigen, aber kaum mit einem Strafverfahren und schon gar nicht mit einer Verurteilung rechnen. Damit war es nicht nur ihm möglich, sein karges Gehalt etwas aufzubessern, sondern grundsätzlich allen Behördenmitglieder und Beamten des gesamten Kantons.

Aus diesem Grund wurde meine Strafanzeige, die ich erstmals zur Prüfung vorgelegt hatte, abgewiesen, weil es «anscheinend» keine Strafdelikte enthielt.

Er war es auch, der dafür sorgte, dass ich bei der Erteilung betrogen wurde, obschon er keinen Nutzen davon hatte. Deshalb mussten «politischen» Gründe für dieses Verhalten verantwortlich sein. Die gesamte Geschichte bestätigt das eindrücklich.

In diesem Kontext wurde diese Kriminalität der Bezirksämter auf die neuen Institutionen der Staatsanwaltschaft und der Notariate übertragen; selbstverständlich immer noch, oder immer mehr, mit dem Segen von Regierung und Kantonsrat. Deshalb sind sie nicht besser als ihre Vorgänger.

Bezüglich der Strafverfolgungsbehörden habe ich meine eigenen Erfahrungen gesammelt. Dazu gibt es zudem einen prominenten Fall, der verschiedentlich die Öffentlichkeit beunruhigte: Der Kristallhöhlenmord von Oberriet aus dem Jahre 1982. Es ist offensichtlich, dass in diesem Fall nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern auch die einschlägigen Kreise von allem Anfang an wussten, wer der Täter war. Die Strafverfolgungsbehörden waren angeblich nicht in der Lage, den Täter zu finden, aber ein Privater nahm sich dem Fall an und machte den mutmasslichen Täter aus, doch die Behörden wollten davon nichts wissen, weil sein Vater ein hoher (babylonischer) Politiker war und zudem im öffentlichen Dienst stand. Mehr dazu im DER SPIEGEL.

## Behörden als Firmen

Die Liberalisierung ist eine Ideologie zur Unterstützung der Ideologie Globalisierung. Letzteres ist ein Prozess der globalen Umverteilung der Güter und Finanzen zugunsten von Babylon.

Im Zuge der Liberalisierung wurden zuerst die bundesnahen Betriebe in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und der Beamtenstatus formell per 2002 abgeschafft. Inzwischen hat diese Liberalisierung auf stillem Wege in allen Behörden und Ämtern Einzug gehalten, weshalb sie heute alle Firmen sind. Aus diesem Grund haben alle Behörden eine Unternehmens-Identifikationsnummer (UID), genau gleich wie alle Personen (nicht jedoch Menschen) eine Sozialversicherungsnummer (früher AHV-Nummer) haben. Die Handelsregistereinträge dieser Firmen sind nur zum Teil ersichtlich, obschon eine besteht. Der Grund dieser Nichtveröffentlichung liegt in der Vertuschung, womit der Betrug, wie wir noch sehen, bestätigt wird. Die HR-Nummer und die UID sind fast identisch.

Hinzu kommt, dass diese Firmen nicht selbständig sind, denn durch ein dickes Geflecht an Gesetzen und Verordnungen wird jedes Detail bis auf die unterste Stufe definiert. Zudem sind selbst die obersten Entscheidungsträger in der Regierung nicht selbständig, denn sie sind nur Marionetten von Babylon. Dazu Horst Seehofer, ehemals Bayrischer Ministerpräsident und heute Bundesinnenminister des Innern:

*«Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt ... und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.»*  
am 20.05.2010 im ARD

Jede Firma muss ihre Verwaltungsorgane mit Handelsberechtigung öffentlich publizieren. Für diesen Eintrag ist grundsätzlich der Eigentümer verantwortlich, aber die verantwortlichen Angestellten müssen diese Problematik kennen, ansonsten sie ohne Legitimation handeln.

## Schlussfolgerungen

### Zum Rechtsbegehren

Der vorgesehene Willensvollstrecker ist befangen, weil er Partei meiner Schwester bildet und andererseits als Vermächtnistteilnehmer bevorteilt ist.

Aus der materiellen Übersicht geht zudem unmissverständlich hervor, dass die letztwillige Verfügung durch einen Willensvollstrecker nicht umgesetzt werden kann, denn, sollte jemand diese umsetzen, würde derjenige eine vollendete Nötigung begehen. Ich halte hier unmissverständlich fest, dass ich in diesem Falle alles daran setzen würde, diesen Vollstrecker hinter Schloss und Riegel zu bringen, zumal er vorsätzlich handeln würde. Daraus folgt, dass niemand dieses Risiko eingehen wird, womit der Wille nicht umgesetzt werden kann. Die letztwillige Verfügung ist sowohl sitten- als auch gesetzeswidrig.

## Formelles

### Befangenheit des Departement des Inneren

Es ist offensichtlich, dass das Departement des Inneren als Rekursinstanz völlig befangen ist, weil es in der Vergangenheit nachweislich und systematisch diese Behördenkriminalität vergrössert hat. Im April dieses Jahres habe ich von einem Unternehmer eine Mail erhalten, der sich beklagt, dass alle kaputt gemacht würden, selbst wenn die Argumente auf ihrer Seite lägen. Alles wird geplant! Wer den Kopf hebt, dem wird er abgeschlagen. Das ist Führung durch Kleinhalten und passt zu Babylon.

Aber genau das, was er mir beklagte, habe ich vor 20 Jahren in meiner Aufsichtsbeschwerde gerügt und seither haben Sie alles unternommen, die damalige Situation zu verschärfen. Das ist nicht nur eine Folge der Politik des Departementes des Inneren, sondern der gesamten Regierung sowie das Parlamentes. Aber wie mehrfach bewiesen, wollen diese Organe, zusammen mit den Gerichten und den oberen Führungsfunktionären der Staatsverwaltung diese Kriminalität aufrechterhalten und nun mit der Ideologie Pandemie COVID-19 wird das noch sehr viel ausgeprägter werden und in einer Diktatur münden, wie ich bereits im Jahre 2017 im DER SPIEGEL (Seite 190) geschrieben habe, als noch niemand etwas von Corona wusste. Aber die Regierungen, insbesondere auch die St. Galler Regierung ist eifrig daran, diese Diktatur auszubauen, weshalb sie die von der Firma Schweizerische Eidgenossenschaft übernommenen Verfügungen gehorsam übernimmt und weiter verschärft oder ergänzt. Selbstverständlich handeln beide ohne Legitimation, weder in handelsrechtlicher und schon gar nicht in politischer Hinsicht. Mit andern Worten, alle Massnahmen sind rechtswidrig, womit die Verantwortlichen die gesamte Verantwortung auf sich nehmen und das – selbstverständlich mit ihren Helfershelfern – eines Tages selbst zu verantworten und den angerichteten Schaden selbst zu bezahlen haben.

Deshalb ist mehr als bewiesen, dass nicht nur das Departement des Inneren, sondern die gesamte Regierung und auch der Kantonsrat völlig befangen und damit untragbar sind, von den Gerichten gar nicht zu reden.

## D Geschäftsbedingungen

Auch wenn es den meisten Menschen nicht bekannt ist, gilt auf dem Land und damit auch in der Schweiz, das Seerecht, also das Piratenrecht oder das Recht des Stärkeren. Somit ist es logisch, dass die babylonischen Behörden bisher die Stärkeren waren und Kraft ihres «Amtes» nach «pflichtgemäßem Ermessen» alle nicht ins babylonische System passenden Begehren bodigten und wenn möglich deren Verfasser physisch oder finanziell «liquidierten». Eine unumstössliche Vorlage liegt hier vor.

Nun hat sich das Blatt ein wenig geändert und die Kräfteverhältnisse sind nicht mehr so ungleich wie am Anfang, zumal die Beweiskette über einen sehr langen Zeitraum lückenlos und damit erdrückend ist, womit ein krimineller Vorsatz bewiesen ist. Zudem ist das babylonische Netzwerk nur so stark, wie die Verbrechen unter den berühmten Teppich gekehrt werden können und die Idiotengesellschaft an die kriminellen Behörden sowie den babylonischen Medien glaubt. Mit diesen Zusammenhängen, aber auch mit der Ideologie Pandemie COVID-19 werden neu andere Leute zum Denken angeregt, die vorher zu faul waren, ihren eigenen Verstand zu gebrauchen. Das babylonische Netzwerk ist nämlich sehr fragil, zumal es in ihren Reihen schon immer gegärt hat.

Bisher konnte diese Gärung mit der strikten Observanz unterdrückt werden, doch nun, wo doch einige dieser Organisationen nicht mehr gebraucht werden, wird es schwieriger. Insbesondere bei der Freimaurerei wird das von Babylon bereits öffentlich kommuniziert, indem sie als kriminelle Vereinigung

dargestellt wird.<sup>7</sup> Wenn das sogar vom RSI, also Radiotelevisione Svizzera (Radio und Fernsehen der italienischsprachigen Schweiz), das ist eine Untereinheit der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), dann wissen wir, dass der babylonische Geist dahinter steckt. Diese als Verein organisierte Unternehmung (wie alle grossen Medien), führt mittels Lügen, Unterlassungen und Verdrehungen eine grossangelegte Gehirnwäsche durch. Diese Gehirnwäsche müssen wir, wiederum dank der Politik, mittels einer Zwangsabgabe selbst finanzieren und zwar unabhängig, ob man diese Propaganda hört oder schaut. Heute gibt es noch teilweise Ausnahmen, doch ab 2026 ist damit Schluss. Dann beginnt erst recht die Gehirnwäsche.

Dass die Freimaurerei eines Tages nicht mehr gebraucht wird, kann auch in den «Protokollen von Zion»<sup>8</sup> nachgelesen werden. Wenn bei der Nennung dieser Protokolle immer von Antisemitismus die Rede ist und die babylonische Ideologie Antisemitismus als Totschlaginstrument erhalten muss, so ist das lediglich eine Täuschung für die Idioten, denn die Juden wie die Christen und Moslems sind nur ein babylonisches Mittel zum Zweck; sprich Kanonenfutter. Deshalb nenne ich sie die «Protokolle von Babylon», weil sie von Babylon geschrieben wurden. In diesen Protokollen kann zudem nachgelesen werden, was alles passieren wird und das was bisher passierte. Diese Prognosen passen «zufällig» mit der Politik, auch mit Ihrer Politik überein.

Das Blatt wird sich vollständig ändern, zumindest in der Schweiz. Deshalb muss ich bereits heute, als künftig stärkerer, meine Geschäftsbedingungen definieren. Sie haben die Gelegenheit diese Bedingungen zu umgehen, indem Sie Ihre «Karten» sofort und vollständig auf den Tisch legen und Ihr bzw. das Spiel von Babylon aufgeben. Man könnte auch sagen, «Hände hoch!» oder «Rien ne va plus.» (Nichts geht mehr). Letztere Aussage ist wohl die treffendste, denn aufgrund des von der Politik organisierten Systems, wird in absehbarer Zeit tatsächlich nichts mehr gehen.

Da jedoch davon auszugehen ist, dass Sie das nicht tun (dürfen), werde ich gezwungen sein, dementsprechende Massnahmen zu ergreifen. Sie können daher frei entscheiden, was sie wollen. Die Abrechnung werden Sie in jedem Fall erhalten. Der Vorschlag ist fair, Ihre sind es bis heute nicht.

Das System, das ich hier verwende, habe ich nicht selbst erfunden; es stammt von der Politik bzw. Babylon und damit von Ihnen. Aber ausgerechnet mit Ihrem System schlage ich euch, womit ersichtlich wird, welche Zauberlehrlinge am Werk sind.

## Grundsätzliche Bedingungen

### 1. Verschleppung / Befangenheit

Aufgrund der Vorkommnisse kann man nicht nur dem Departement des Innern, sondern generell den Behörden nicht trauen, weshalb davon auszugehen ist, dass besonders in diesem Fall Fristen verschleppt, Involvierte nicht angeschrieben und Akten unterdrückt werden könnten oder generell die Gefahr der Verdunkelung viel zu gross ist.

#### 1. Nachweis der Zustellung

Aus diesem Grund verlange ich, dass bei allen Korrespondenzen an die Beteiligten, mir gleichzeitig im Minimum eine Kopie vom Hauptschreiben zugestellt wird. Darin muss ein Verzeichnis sämtlicher Beilagen aufgelistet sein.

Bei der Zustellung der vorliegenden Rekurschrift an alle Beteiligten verlange ich zusätzlich den Zustellungsnachweis, beispielsweise mit der Post-Barcode-Nummer und zwar innert fünf Tagen nach Versand derselben, spätestens jedoch innert zehn Tagen nach Erhalt dieses Rekurses.

---

<sup>7</sup> <https://www.rsi.ch/news/mondo/Quarant'anni-dopo-la-strage-di-Bologna-13276959.html>

<sup>8</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Bücher/Zusammenfassungen à Fleischhauer Ulrich  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Protokolle\\_von\\_Babylon.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Protokolle_von_Babylon.pdf)

Bitte senden Sie mir keine eingeschriebenen Korrespondenzen. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen den Erhalt postwendend quittieren. Der Grund liegt einfach in der Tatsache, dass ich mich nicht den widerrechtlich angeordneten Massnahmen zur Umsetzung der Ideologie COVID-19 beuge und für das Abholen eine Maske trage.

## 2. Verschleppung des Rekursverfahrens

Damit der Rekurs aufgrund der Umstände nicht verschleppt wird, setze ich Ihnen hiermit eine Frist bis spätestens am 30. September 2020 diesen zu entscheiden.

## 3. Befangenheit

Wie bereits bewiesen, ist die gesamte Regierung gegenüber mir befangen. Deshalb fordere ich Massnahmen, damit sie nicht mehr befangen ist gegenüber mir und meinen Geschäften und setze Ihnen hiermit Frist bis spätestens am 30. September 2020. Es ist jedoch ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass nicht einfach ein anderer Babylonier an deren Stelle gesetzt werden kann. Es muss dazu der Nachweis erbracht werden, dass ein Ersatz unabhängig, ein Nicht-Babylonier ist und die Geschichte im Zusammenhang kennt, ansonsten er wiederum für befangen erklärt wird.

## 2. Behörden und Ämter als Firmen

Wie bereits erklärt, sind inzwischen alle Behörden und Ämter eine Firma, weshalb ich die folgenden Nachweise haben will:

1. Das Amtsnotariat Wil und das Departement des Innern bzw. der Kanton St. Gallen haben sich zu erkennen zu geben, welche Firma (Zweigniederlassung, etc.) diese Handlung vollziehen will bzw. vollzogen hat:
  - Sitz (Hauptsitz, Zweigniederlassung etc.) mit vollständiger Adresse
  - Rechtsform
  - Nummern des HRA-Eintrages und der Unternehmens-Identifikation samt deren Eintragsdaten.
2. Die verantwortlichen Handlungsbevollmächtigten der Firma gemäss Position 1 weisen sich, wie folgt aus:
  - Voller Vor- und Nachname der Handlungsbevollmächtigten jeweils mit
  - Strasse und Hausnummer, PLZ und Wohnort
  - sowie dem Datum und der Nummer der Ausgabe des SHAB, in welchem die Genannten als Handlungsbevollmächtigte der Firma bekannt gemacht wurden.
3. Sie erbringen einen aktuell notariell beglaubigten Nachweis
  - Ihrer amtlichen Legitimation mit Angaben darüber, wer, wie, wofür und wodurch Sie die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben.
  - auf welchen Staat Sie vereidigt worden sind.
  - Für denjenigen, der Ihnen die amtliche Legitimation erteilt hat, bitte ich Sie, mir den gleichen Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3, inkl. deren Unterpositionen, nachzuweisen.
4. Sie bestätigen mir, dass ich ein Mensch bin und nicht eine Person.

Termin für die Ablieferung bis spätestens am 30. September 2020.

Um die Hintergründe der geforderten Nachweise zu verstehen, muss hier eine kurze Erklärung abgegeben werden, denn es ist nicht einfach, die ganze Thematik zu verstehen, vor allem, wenn man von nichts eine Ahnung hat:

Zuerst muss man einen grundlegenden Überblick über die Geschichte haben, den wir in der Schule nicht kennenlernen dürfen. Es ist wieder ausgerechnet die Regierung, die den Lehrplan der Schulen festsetzt, womit einmal mehr bestätigt wird, dass die Regierungen systematisch und kriminell handeln.

Wenn man einen ersten Überblick über die Geschichte erworben hat, wird man selbst erkennen, weshalb das so ist. Ebenfalls werden einem erste Vorgänge der Vergangenheit und der Gegenwart etwas

erklärbarer. Aus diesem Grund ist der erste Einstieg in die Geschichte<sup>1</sup> zwingend. Weitergehendes finden Sie am angegebenen Ort und am Schluss des Aufsatzes.

Dann müssen Sie sich dem obigen vierten Punkt annehmen. Er ist der Wichtigste, denn dahinter versteckt sich die gesamte Ideologie, deren Hintergründe die Juristen wie vieles anderes nicht lernen, ansonsten das Kartenhaus zusammenbrechen würden. Dieses Geheimnis kennen nur Insider.

Dieses Geheimnis ist die Ideologie des Themenkreises Mensch / Person (Strohmann). Mit der Geburtsanzeige wird dem Zivilstandsamt die Geburt bzw. «Lieferung» des Kindes gemeldet. Die Geburtsanzeige ist daher der Lieferschein. Danach wird der Geburtsschein erstellt. Er ist nichts anderes als ein Strohmann, aus der die Person des geborenen Menschen fabriziert wird. Anschliessend wird die Geburtsurkunde, lautend auf die Person, den Strohmann, erstellt. Sie ist ein Wertpapier, das an der Börse gehandelt wird; handelsrechtlich gilt sie als Schenkungsurkunde. Mit der Todesurkunde wird die Geburtsurkunde aufgehoben.

Nun stellt sich die Frage, weshalb das so ist. Das Ziel der Summe aller weltweiten Massnahmen der letzten sechstausend Jahre ist das, was in der Zusammenfassung der Geschichte<sup>1</sup> beschrieben ist und dazu gehört auch die betrügerische Ideologie Mensch / Person (Strohmann).

Um das zu verstehen, muss man die Rolle des babylonischen Vatikans verstehen. Die monotheistischen-abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum und Islam) sind Ideologien und nur Mittel zum Zweck, die Ziele der dahinter stehenden zu erreichen. Deshalb hält der Vatikan eine Schlüsselrolle inne.

Gemäss der päpstlichen Bulle Romanus Pontifex aus dem Jahre 1455 wurde das neugeborene Kind von jedem Recht auf Eigentum getrennt. Das bedeutet, dass man den Menschen direkt nach der Geburt ihr Recht auf Eigentum absprach. Und das wird ausgerechnet mit den Ideologien Person und Geburtsschein erreicht.

Dann gibt es noch die Bulle Aeterni Regis (in etwa «Ewige Herrschaft» oder «Ewiger Besitz des Herrschers») aus dem Jahre 1481. Darin wurde das Kind der Rechte auf seinen Körper beraubt, womit es zu ewiger Knechtschaft – als Sklave – verdammt wurde.

In diesem Zusammenhang muss man auch die Frage nach der Herkunft des Wortes für Person stellen. Nach Duden Herkunftswörterbuch ist das aus dem 13. Jahrhundert bezeugte Wort aus dem lateinischen *persona* entlehnt und steht für die Maske des Schauspielers; des Strohmannes. Das heisst, die Definition bzw. Ideologie Person wurde vorsätzlich eingeführt, um die Menschen zuerst zu Personen, also unfreien Menschen, und nachher zu Sklaven zu machen. Letztere sind Sachen. Diese Ideologie passt genau ins babylonische Gesamtkonzept. Daran ändert auch das Adjektiv natürlich(e Person) nicht, wie er in der römisch-babylonischen Rechtslehre verwendet wird, denn es ist lediglich der Übergang vom freien Menschen zum Sklaven als Sache.<sup>9</sup>

Wenn man das das erste Mal hört, so schüttelt man den Kopf, doch diese beiden Bullen liegen haargenau auf der Zielgeraden sämtlicher Massnahmen, die in der Vergangenheit abgelaufen sind und in der Gegenwart vonstattengehen.

Die praktische Bedeutung dafür ist, dass uns Eigentum nur zum Gebrauch überlassen ist und die Personen nicht deren Besitzer sind. Der eigentliche Besitzer ist der kriminell handelnde Staat, der jedoch die Geburtsurkunden an die internationale Hochfinanz verpfändet hat, damit er Kredite erhält. Unter dem Strich ist eigentlich die Hochfinanz, also Babylon, der tatsächliche Besitzer, zumal er auch die Staaten beherrscht. Um das wiederum zu verstehen, müsste man die Problematik des Geldes kennen, die wir in der Schule ebenfalls nie kennenlernen durften. Das ist wiederum ein Ausbildungsproblem, womit wiederum die Regierungen als kriminell handelnde im Fokus stehen.

---

<sup>9</sup> Siehe dazu auch Balmer Dominik, *Von Rom bis heute - unter besonderer Berücksichtigung der kantonalen Zivilgesetzbücher*, Schulthess, 2018, 300 Seiten, ISBN 9783725586813.

Zu diesem Themenkomplex gibt es auch Literatur.<sup>10, 11, 12</sup>

Damit wird einmal mehr sichtbar, dass Parlamente und Regierungen nur die Agenda von Babylon ausführen, sei es beim Betrug mit der Ideologie Mensch / Person oder bei der Ideologie Pandemie COVID-19. Immer ist die Regierung mit kriminellem Vorsatz mit dabei, obschon sie immer wieder behauptet, das Beste für die Menschen zu verfolgen. Ja, klar, für die freien Menschen, also Babylon und nicht für die (natürlichen) Personen, die nur eine Zwischenstufe zum Sklaven als Sache sind. Das ist das wahre Gesicht «unserer» Regierung.

Hier beginnt das Insichgeschäft<sup>13</sup>. Bei Insichgeschäften handeln auf beiden Seiten der jeweiligen Rechtsgeschäfte dieselben Personen: Sie haben entweder als Vertreter in fremdem Namen gehandelt und auf der anderen Seite im eigenen Namen Erklärungen abgegeben, also mit sich selbst einen Vertrag geschlossen. Ein Insichgeschäft ist deshalb eine Forderung von öffentlichen Stellen (oder entsprechenden Erfüllungshilfen) an die juristische fiktiv erstellte Person (Strohmann).

Nach Zivilgesetzbuch Art. 32 (ZGB, SR 210) hat, wer sich zur Ausübung eines Rechtes beruft, den Nachweis zu erbringen, dass eine Person lebe oder gestorben sei. Fiktive Personen (Strohmann) haben jedoch noch nie gelebt.

Wenn alles dem Staat gehört, kann er sich keine Forderungen stellen. Aber genau das tut er laufend mit Steuern, Abgaben, Bussen und vielem mehr, denn das Konstrukt Person, der Strohmann, gehört ihm, nicht jedoch der Mensch. Den Menschen macht man nur Glauben, sie seien dieses Konstrukt Person, der Strohmann. Das ist arge und systematische Täuschung. Aber es ist wiederum die Regierung, die diese Täuschung mit allen Mitteln fördert und durchzusetzen versucht.

Um das Konstrukt Person besser in die Köpfe der Menschen zu hämmern, wurden die Menschen als sogenannte natürliche Personen definiert und aus ihnen damit ein Rechtssubjekt geschaffen, in dem sie sich wieder finden. Menschen sind jedoch keine Rechtssubjekte, denn sie stehen in einem höheren Rechtskreis; ein Mensch ist frei, nicht aber Personen. Mit diesem betrügerischen Trick werden die Menschen jedoch ausgebeutet und unterdrückt, weil sie ihn nicht durchschauen und es ist wiederum die Regierung, die das alles zugunsten von Babylon organisiert.

Nach geltendem Recht fallen diese Insichgeschäfte gemäss Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) grundsätzlich unter strafbare Handlungen gegen das Vermögen und im Speziellen unter Art. 158 ungetreue Geschäftsbesorgung bzw. Art. 157 Wucher; es sind Officialdelikte. Aber wie bereits vor bald 20 Jahren thematisiert, wird die Strafverfolgung bei gewissen Kreisen «ausgesetzt»; einige sind einfach gleicher als die andern! Und es ist wieder die Regierung, die das umsetzt. Aus diesem Grund heisst es in Art. 8 der Bundesverfassung (SR 101), Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Ja, selbstverständlich sind sie alle gleich, denn die Menschen stehen in einem ganz anderen Rechtsverhältnis, nicht jedoch die Personen. Deshalb werden sie von den kriminellen Behörden beliebig gegängelt.

Nun kommt ein weiterer Themenkomplex hinzu, nämlich der Beamtenstatus, zusammen mit Behörden und Ämter als Firmen, den wir bereits besprochen haben. Nur durch die öffentliche Publikation, werden ihre Verwaltungsorgane legitimiert, Handlungen rechtsgültig vorzunehmen.

Wenn diese Firmen hoheitliche Handlungen vollziehen wollen, müssen sie dazu ausdrücklich von jemandem autorisiert werden. Aber derjenige, der diese Legitimation ausspricht, muss ebenfalls legitimiert sein. Dahinter steht ein verschachtelter Betrug, der zuerst erkannt werden muss.

---

<sup>10</sup> Freiherr von Liechtenstein Peter, *Freiheit durch Wahrheit. Wie uns die Regierung legal versklavt und wir uns daraus befreien können!* Band 1 "Wahrheit", BoD, 1. Auflage 2020, 368 Seiten, SBN 9783751935296 und Band 2 "Freiheit", Book on Demand, 1. Auflage 2020, 304 Seiten, ISBN 9783751980418.

<sup>11</sup> <https://www.freiheitdurchwahrheit.com/>

<sup>12</sup> [https://www.creaplan.org/arne\\_hinkelbein/](https://www.creaplan.org/arne_hinkelbein/)

<sup>13</sup> [www.entdeckejura.de](http://www.entdeckejura.de) à Base Camp à Jura Base Camp à Insichgeschäft

Dass beispielsweise ein Kanton oder der Bund eine Firma sein soll, wurde nie öffentlich diskutiert und dazu liegt auch kein Parlamentsbeschluss vor. Das Gleiche gilt sinngemäss für die Gemeinden. Niemand weiss, dass die Gemeinden Firmen sind. Aus diesem Grund wurde alles klamm heimlich umgesetzt. Deshalb ist es entscheidend, dass diese Firmen ihre Legitimität ausweisen können, hoheitliche Handlungen auszuführen. Können sie das nicht, so handeln sie illegal und zwar nicht nur die Handelsbevollmächtigten, sondern alle Angestellten. Es wäre das Gleiche, wie wenn Hinz und Kunz eine Firma Polizei XY gründen, sich eine Polizeiuniform anziehen und beginnen würden, Bussen zu kassieren.

Regierungsräte sind grundsätzlich vom Volk gewählt, doch sie sind als Exekutive eines Kantons gewählt worden und nicht als Handlungsbevollmächtigte einer Firma. Sinngemäss gilt das auch für den Bundesrat. Das heisst, mit Ihrer Wahl erhalten Sie nicht die Legitimation in einer Firma, auch wenn sie genau gleich heisst, hoheitliche Handlungen auszuführen, weil sie nicht dafür gewählt worden sind. Weiter kommt bei der Volkswahl hinzu, dass diese abgekartet ist, denn die Gründer der Nationalstaaten, die Vertreter von Babylon, dominieren seither alle Vorgänge im Staat. Deshalb portieren die babylonischen Universalparteien nur ihre eigenen Vertreter, nicht aber Unabhängige. Einzig in kleinen Kantonen ist es möglich, dass Unabhängige Einsitz in die Regierung nehmen können, weil Babylon dort zu wenig eigene Vertreter hat. Doch dann verstehen sie die Politik nicht, weshalb sie wiederum Babylon huldigen. Die Wahlen sind daher gar nicht frei und genau gleich wie die Abstimmungen sind sie ein abgekartetes Spiel, weshalb sie nur dank Betrug so zustande gekommen sind. Ich denke da noch gar nicht an die Manipulation der Auszählung, die es ebenfalls gibt, sondern die systematische falsche Information durch Politik, Schule und Medien. Betrachtet man das im Zusammenhang, so sind sie alle Abstimmungen und Wahlen nicht rechtmässig und damit ist das Ergebnis ungültig, denn dahinter steht der grösste Betrug, wie er hier ansatzweise beschrieben ist. Ergebnisse eines Betrages haben formell auch vor dem Gesetz keinen Bestand, auch wenn es in diesem Bereich bisher nie Konsequenzen zeitigte. Deshalb ist es an der Zeit, das endlich zu ändern.

Sollten Sie die oben genannten Nachweise 1-3 nicht erbringen, würden Sie nach dem Handelsrecht handeln und Ihre Forderung wäre eine gewerbmässige und arglistige Täuschung (Art. 146 StGB; SR 311.0), verbunden mit Amtsanmassung (Art. 287 StGB). Damit würden Sie im Zusammenhang eine bzw. mehrere kriminelle Organisationen (Art. 260ter StGB) unterstützen. Erschwerend wäre, wenn Sie vielleicht sogar noch Mitglied derselben wären, was sogar anzunehmen ist.

Erstere Handlungen werden mit bis zu zehn Jahren Zuchthaus, letztere mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft. Die Verjährungsfrist hierzu beträgt 15 Jahre. Ich möchte Sie zu Ihrem Vorteil eindringlich bitten, diesen Hinweis nicht blind in den Wind zu schlagen und sich gut zu überlegen, wie Sie weiter verfahren wollen. Wenn diese Verbrechen bisher noch nie Folgen zeitigten, so wird sich das schneller ändern, als Sie denken können.

Sie haben mir diese Nachweise bis spätestens am 30. September 2020 einzureichen. Sollten sie nicht innert Frist eintreffen, gestehen Sie ein, dass Sie weder als Handelsberechtigte der entsprechenden Firma noch zur Ausübung hoheitlicher Handlungen legitimiert sind. Hinzu kommt noch, dass sämtliche Angestellten in diesen Firmen widerrechtliche Handlungen ausführen, womit sie alle straf- und zivilrechtlich belangt werden können.

### 3. Warnung aller Angestellten

Wie in der vorhergehenden Position erklärt, handeln alle Angestellten dieser Firmen illegal, sollte der Nachweis, hoheitliche Handlungen nicht von einer autorisierten Stelle erteilt worden sein. In diesem Fall haben Sie die Pflicht, allen Mitarbeitern diese Situation zu erklären, damit sie nicht straf- und zivilrechtlich belangt werden können. Sie haben diese Orientierung bis spätestens am 30. September 2020 durchzuführen, ansonsten Sie zusätzlich von den Angestellten eingeklagt werden könnten.

Hier ist zu verdeutlichen, dass damit sämtliches staatliche Handeln illegal ist. Das heisst, es dürfen beispielsweise keine Steuererklärungen verschickt und keine Steuern eingetrieben werden. Solange diese Legitimation nicht vorhanden ist, verzichtet der Staat auf sämtliche Einkünfte und diese kann er später nicht mehr einfordern. Auch die Polizei und die Staatsanwaltschaft müssen ihre Aktivitäten einstellen.



Sollten sie jemanden anhalten oder gar verhaften, wäre letzteres eine Freiheitsberaubung (Art. 183 StGB). Die Regierung nimmt dafür die volle Verantwortung.

#### 4. Liste der Vertreter der kriminellen Organisationen

Da es erklärte Absicht ist, Ihrem kriminellen System und damit auch Babylon ein gründliches Ende zu bereiten, müssen die Menschen wissen, wer in diesen kriminellen Organisationen Mitglied ist. Nur auf diesem Wege können sie sich vor ihnen wappnen und auch verhindern, dass ihnen der Zugang zu Funktionen in öffentlichen und staatlichen Organisationen versperrt wird.

Aus diesem Grund erstellt die Regierung eine öffentliche Liste mit allen ehemaligen und aktuellen Mitgliedern von allen kriminellen Organisationen. In die Liste sind nicht nur die sogenannten Geheimorganisationen, sondern auch die Serviceclubs aufzunehmen. Diese Liste beinhaltet je Mitglied im Minimum folgende Angaben:

- § Voller Name und Vorname mit Jahrgang, bei verstorbenen mit Todesdatum
- § Wohnort(e)
- § Berufliche und politische Tätigkeiten sowie deren Mitgliedschaften in Vereinen etc.
- § Organisation(en), inkl. der zugehörigen Suborganisation, zu der er/sie angehört(e)

Es ist selbstredend, dass der Kanton St. Gallen diese Arbeit nicht alleine umsetzen kann und auf die Mitarbeit der übrigen Kantone und des Bundes angewiesen ist. Es ist daher Sache von Regierung und Parlament, das in die Wege zu leiten. Innerhalb der nächsten sechs Monate, also bis spätestens am 28. Februar 2021 ist im Minimum die Liste der aktuellen Mitglieder zu veröffentlichen.

Die Regierungen haben selbstverständlich Zugang zu diesen Kreisen, werden doch in ihren Departementen periodisch Logensitzungen abgehalten und dabei die Politik geführt, indem Konsequenzen aus dem Erledigten gezogen werden und die Vorgaben für die zu bearbeitenden Themen definiert werden. Vom Departement des Innern sind mir dazu zufällig Interna bekannt. Dabei könnte ich den einen oder anderen Namen von Leuten nennen, die kein offizielles staatliches Mandat haben und dabei waren. Beispielsweise kenne ich einen davon persönlich und einen weiteren habe ich in meinem Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»<sup>3</sup> beschrieben. Er setzt sich u.a. auch für den babylonischen Antisemitismus ein. Es ist davon auszugehen, dass er immer pünktlich ist und aufgrund seiner «Religionszugehörigkeit» dabei eine leitende Funktion innehat.

#### 5. Grundlagen für den freien Menschen

Nachdem der Schleier um die Geburtsdokumente etwas gelüftet ist und die Person eine Zwischenstufe zur weiteren Versklavung ist, ist es erforderlich, dieses System zu zerstören, um die Menschen wieder frei zu machen. Nach dem geltenden Recht, kann nicht ein Dritter über jemand anderer Entscheiden und einen Vertrag eingehen oder eine Schenkung auslösen. Der betroffene Mensch muss dazu selbst in freien Stücken entscheiden können, ansonsten der Vertrag/Schenkung ungültig ist.

##### 1. Abgabe der Geburtsdokumente

Ich habe in meinem Leben nie einen derartigen Vertrag willentlich unterzeichnet. Auch ist mir nicht bekannt, dass mir dazu je so ein Vertrag untergejubelt wurde. Deshalb sind alle diese Verträge bzw. Schenkungsurkunden nichtig. Aus diesem Grund verlange ich die Herausgabe von Geburtsanzeige, Geburtsschein und Geburtsurkunde im Original bis spätestens am 30. September 2020.

##### 2. Erklärung des freien Menschen

Gleichzeitig verlange ich, dass Sie öffentlich verkünden, dass ich ein freier Mensch bin und nicht mehr als Peron registriert bin. Damit stehe ich fortan in einem anderen Rechtskreis. Ich fordere Sie daher auf, das bis am 30. September 2020 zu verkünden.

## 6. Öffentliche Information über die grossen Betrüge

Wir haben festgestellt, dass die Ideologie des Themenkreises Mensch / Person ein gewaltiger Betrug beinhaltet. Das ist aber nur einer von vielen. Ein weiterer gewaltiger Betrug steckt auch mit unserem Geld im Zusammenhang. Deshalb ist es erforderlich, die Aufklärung umgehend an die Hand zu nehmen.

### 1. Informationsplattform über den gesamten Themenkreis Mensch / Person

Auf dieser Plattform sind die Themen Mensch und Person (Strohmann) detailliert zu beschreiben und dazu zu erklären. Welche Auswirkungen hat auf einen möglichen Pass? Welche Details sind dabei zu beachten? Bei Personen beginnt die Passnummer mit einem P, gefolgt von einem M (male, männlich) oder F (female, weiblich) und anschliessendem Namen sowie einer Nummer. Das P steht für englisch «pauper» und bezeichnet eine arme Person, einen Almosenempfänger. Was steht in einem Pass eines freien Menschen oder brauchen sie gar keinen (in der Natur sicher nicht)? Welche Farben haben die Pässe und welche Bedeutung haben sie? Was bedeuten die verschiedenen Unterschiede im In- und Ausland? Gibt es dazu internationale Konventionen?

Die ganze Angelegenheit ist ebenfalls in die Geschichte<sup>14</sup> einzubetten, wozu auch die päpstlichen Bullen zu erklären sind. Sehr wahrscheinlich gibt es dazu noch sehr viele ergänzende Dokumente. Dieser Themenkomplex muss detailliert erklärt und bis spätestens am 28. Februar 2021 veröffentlicht werden.

### 2. Informationsplattform über den Themenkomplex Geld

In einer weiteren Plattform muss das Thema Geld umfassend erklärt werden. Alle, selbst hohe Banker sind der Meinung, sie würden die Problematik des Geldes kennen. Das ist aber nicht der Fall, denn diesen Komplex verstehen nur sehr wenige. Selbst der Schreibende masst sich bei weitem nicht an, dass er alle Winkelzüge verstehe.

Nebst den drei Hauptproblemen (Geld als Schuld, Geldschöpfung aus dem Nichts und das Zinsproblem) muss vor allem die geschichtliche Seite betrachtet werden, wie es möglich war, Gold und Silber über eine lange Zeit als Wertsache zu diskreditieren und damit eine ungedeckte Währung zu schaffen, die heute nur noch aus Zahlen besteht und auf Knopfdruck auf Null gesetzt werden kann. Was sind die Hintergründe und weshalb wird das bargeldlose zahlen immer mehr gefördert, dafür ist das Barzahlen mit immer grösseren Schwierigkeiten verbunden. Dahinter steckt eine einfache aber klare Strategie, die Menschen noch mehr zu kontrollieren, um noch mehr über sie herrschen zu können.

Was passierte mit der weltweiten Einführung der Bretton Wood-Systeme? Weshalb können die einzelnen Nationen ihr Geld nicht selbst erschaffen und weshalb sind sie an die grossen Währungen gekoppelt?

Wichtig ist, auch die Rolle der privaten Zentralbanken (inkl. BIZ) zu erklären, denn sie sind lediglich ein Mittel, die Wirtschaft zu beeinflussen, bzw. zu manipulieren. Auf diesem Wege erhalten die Herrscher Einfluss auf den Staat. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken? Welche rigiden Bedingungen müssen sie einhalten? Welche Kommissionen müssen sie wofür bezahlen?

In diesem Zusammenhang ist auch die Eigentümerstruktur zu erklären und deren Eigentümer namentlich bekannt zu geben. Nach dem Verzeichnis der CRIF-Schweizer Wirtschaft, Stand Februar 2020, halten die Inhaber der privaten Aktiengesellschaft Schweizerische Nationalbank folgende Beteiligungshöhen: Die Kantone (wenn man die nicht angegebenen Minderheiten der Kleinkantone nicht berücksichtigt) mit 36.3 Prozent, die Kantonalbanken mit 10.8 Prozent und Private mit 32.9 Prozent, wobei nur einer namentlich aufgeführt ist. Das zusammen ergibt 80 Prozent. Wer besitzt jedoch die restlichen 20 Prozent? Der Bund, die Schweizerische Eidgenossenschaft, ist mit keiner Silbe erwähnt. Wenn diese 20

---

<sup>14</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik Eidgenössische Abstimmungen à Das Passwesen (PDF, 8 Seiten)  
<https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/passwesen.pdf>

Prozent ebenfalls babylonischen Privaten gehören, so würde sich der Anteil der Privaten auf 52.9 Prozent erhöhen und damit hätten sie die Mehrheit. Aber das ist nur ein Rechenbeispiel. Die tatsächlichen Entscheide werden so oder so durch Babylon entschieden, denn die vertretenen Kantone und die Kantonalbanken setzen diese gehorsam um.

Dieser Themenkomplex ist ebenfalls detailliert zu erklären und bis spätestens am 28. Februar 2021 zu veröffentlichen.

## Finanzielle Bedingungen

Nachstehend fordere ich meine Gebühren der Einfachheit halber nur von der Firma Kanton St. Gallen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die «Eigentümer» dieser Firma das nicht so belassen werden und «ihre Handlungsbevollmächtigten und Angestellten» sowie weitere Fehlbare für die geforderten Gebühren vollumfänglich haftbar machen werden. Wie dieser Verteilschlüssel aussehen wird, interessiert mich nicht.

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass mit diesen festgesetzten Gebühren noch nichts von dem mir verursachten Schäden beglichen sein wird. Diese Forderungen stehen noch aus, weshalb ich mir hier ausdrücklich alle Rechte und Optionen in straf- und zivilrechtlicher Sicht vorbehalte.

Im Weiteren ist der Verfasser nicht der Einzige, der von diesem vorsätzlich kriminellen System betroffen ist. Er ist jedoch der Einzige, der sich gegenüber dieser kriminellen Macht durchsetzen kann und sich auch eisern durchsetzen wird. Deshalb gilt als sicher, dass im Schlepptau meiner Arbeit eine Lawine von Klagen und Schadenersatzforderungen auf die Firma Kanton St. Gallen und damit auf deren Verursacher losgetreten werden wird. Auch dürfen alle Schäden, verursacht durch Massnahmen im Rahmen von der vorsätzlich ausgelösten Pandemie COVID-19, zu weiteren Forderungen in astronomischer Höhe beitragen.

### 1. Verschleppung / Befangenheit

#### 1. Nachweis der Zustellung

Der Nachweis der Zustellung bzw. die Zustellung der Hauptkorrespondenzen zieht im Moment noch keine Gebühren nach sich. Ich behalte mir aber ausdrücklich vor, diese ebenfalls als Bedingung zu erlassen.

#### 2. Verschleppung des Rekursverfahrens

Hier habe ich eine mögliche Entscheidungsfrist per 30. September 2020 festgelegt. Wird diese Frist überschritten, so beginnt ab dem Folgetag dem 1. Oktober 2020 eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold (999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat) an mich zu entrichten. Die Gebühr ist geschuldet, bis der Rekurs entschieden ist.

#### 3. Befangenheit

Sollten Sie die Befangenheit der gesamten Regierung nicht innert der gesetzten Frist bis am 30. September 2020 beheben, so beginnt ab 1. Oktober 2020 eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet, wenn mit geeigneten Massnahmen, die die Befangenheit aufhebt.

### 2. Behörden und Ämter als Firmen

#### 1. Abgabe der Nachweise

Die Frist bis zur Ablieferung sämtlicher geforderten Nachweise läuft bis am 30. September 2020. Werden die Nachweise gar nicht oder unvollständig abgeliefert, beginnt ab dem Folgetag wieder eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit dem vollständigen Nachweis.

## 2. Orientierung sämtlicher weiterer Firmen

Die Regierung orientiert im ganzen Kanton sämtliche Firmen, die hoheitliche Handlungen vornehmen, jedoch nicht legitimiert sind und auch ihre Handlungsbevollmächtigten nicht publiziert haben. Diese Orientierung hat bis am 30. September 2020 zu erfolgen. Wird diese Orientierung unterlassen, beginnt ab dem Folgetag wieder eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet, wenn die Regierung mir nachweist, dass sie diese Forderung vollständig erfüllt habe. Im Weiteren übernimmt die Regierung im Falle einer Unterlassung daraus sämtliche entstehenden Folgekosten bzw. Schäden.

## 3. Warnung aller Angestellten

Wenn Sie nicht in der Lage sind, die erforderlichen Nachweise innert Frist zu liefern, müssen bis am 30. September 2020 alle Angestellten über ihre rechtliche Situation ins Bild gesetzt werden. Sollten Sie das nicht innert der gesetzten Frist erledigen, so fällt ab dem Folgetag wiederum die gleiche Gebühr an: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit dem Eingeständnis an alle Mitarbeiter.

## 4. Liste der Vertreter der kriminellen Organisationen

Diese Frist bis zur Veröffentlichung aller Vertreter der kriminellen Organisationen läuft bis am 28. Februar 2021. Wird die Liste gar nicht oder die Mitglieder und Organisationen unvollständig veröffentlicht, so fällt ab dem Folgetag wiederum eine Gebühr an: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der vollständigen Veröffentlichung aller bis 1970 noch lebenden Mitglieder. Als Mitglied gelten alle, die in ihrem Leben je einmal Mitglied dieser Organisationen waren. Die übrigen verstorbenen Mitglieder sind nachträglich ebenfalls zu erfassen und zu veröffentlichen, denn nur auf diese Weise kann nachvollzogen werden, inwieweit diese kriminellen Organisationen verantwortlich sind.

## 5. Grundlagen für den freien Menschen

### 1. Abgabe der Geburtsdokumente

Sollte die Abgabe von Geburtsanzeige, Geburtsschein und Geburtsurkunde im Original nicht oder unvollständig bis spätestens am 30. September 2020 erfolgen, beginnt ab dem Folgetag wiederum eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der vollständigen Abgabe aller geforderten Dokumente.

### 2. Erklärung des freien Menschen

Sollten Sie bis am 30. September 2020 nicht öffentlich verkünden, dass ich ein freier Mensch bin, beginnt wiederum ab dem Folgetag eine Gebühr zu laufen: Pro überzogener Kalendertag ist ein Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der geforderten Ausrufung.

## 6. Öffentliche Information über die grossen Betrüge

Sie erstellen bis spätestens am 28. Februar 2021 eine Informationsplattform, in der sich die gesamte Bevölkerung über

- den gesamten Themenkreis Mensch / Person und
- über den Themenkomplex Geld

informieren kann.

Sollten Sie diese umfassenden Informationen nicht, unvollständig oder nicht zielgerichtet bis zum 28. Februar 2021 öffentlich zugänglich sein, so beginnt ab dem Folgetag wiederum für jeden einzelnen Punkt separat eine Gebühr zu laufen: Pro Informationsplattform und überzogener Kalendertag ist je ein halbes Kilogramm Feingold an mich zu entrichten. Die Gebühr endet mit der jeweiligen vollständigen Aufschaltung.

## 7. Pönale

Wie aus der Übersicht ersichtlich wird, hat nicht nur die Regierung, sondern auch der Kantonsrat gelogen bis sich die Balken bogen. Um dieser vorsätzlichen Lüge, Unterstellungen und Behauptungen zuvorzukommen, sehe ich mich gezwungen, einen Riegel zu schieben. Jede unrichtige Aussage, Feststellung, Behauptung, Verdrehung und Halbwahrheiten, die im Zusammenhang mit den gesamten Themenkomplex gesprochen oder geschrieben werden, seien sie durch die Regierung, ihr Unterstellte oder durch den Kantonsrat als Einzelner, Gruppe oder als Gesamtrat in seiner Funktion getätigt worden, wird mit einer Pönale bestraft. Sie beträgt 20 Kilogramm Feingold pro Fall. Die Strafe ist an mich zu entrichten.

Diese Massnahme soll verhindern, dass wieder das passiert wie vor 20 Jahren und zudem auch, dass sich die einzelnen Akteure genauer überlegen müssen, um welche Problematik hier eigentlich vorhanden ist. Zu behalten hat dies die Firma Kanton St. Gallen. Wie die Aufteilung der Kosten intern vorgenommen wird, interessiert mich nicht.

## 8. Sicherheiten

Da es ja heute schon bekannt ist, dass Sie sich, zusammen mit den einschlägigen Kreisen keine Mühe geben werden, diese Fristen einzuhalten, und Sie nach wie vor der Meinung sind, heil aus diesem gesetzten Rahmen herauszukommen, werden sehr viele Tage ins Land ziehen. Deshalb werden sich die Gebühren massiv addieren. Aus diesem Grund verlange ich, sollten Sie diese Bedingungen nicht erfüllen, per 1. Oktober 2020 einen Solidarbürgen für die gesamte Summe, die sich ergeben wird. Die Gebühr für das Nichteintreten eines Solidarbürgen beträgt wiederum ein Kilogramm Feingold pro überzogener Kalendertag und ist mir zu entrichten. Die Gebühr endet, wenn alle Bedingungen erfüllt sind, ein Vertrag gegenseitig unterzeichnet ist und ein Solidarbürge entsteht, damit die Zahlung auch wirklich erfolgt.

Betreffend der Höhe der zu haftenden Summe eines Solidarbürgen ist erstmals davon auszugehen, dass alle Forderungen bis am 31. Dezember 2021 nicht erfüllt werden und mindestens fünf Pönale eingerechnet werden. Je nach Entwicklung werde mir jedoch vorbehalten, die Höhe der Solidarbürgenschaft anzupassen. Die Bedingungen bleiben die Gleichen.

## 9. Öffentliche Bedingungen

Wie bereits festgehalten, geht es hier darum, dieser institutionalisierten Behördenkriminalität endlich grundsätzlich und rücksichtslos den Garaus zu machen. Deshalb zielt dieser Rekurs nicht nur auf die eigene Betroffenheit, sondern beabsichtigt, dass auch die gesamte Bevölkerung davon profitiert.

Dazu erlasse ich im Anhang verschiedene Bedingungen, die für alle Betroffenen gültig sind, diese bei Firmen anzuwenden bzw. um- und durchzusetzen. Die Bedingungen dazu sind in der Forderung 2.2 beschrieben.

## E Schlussbemerkungen

Ich hoffe, dass Sie die Brisanz und die Tragweite dieses Rekurses nicht unterschätzen. Nun können Sie zeigen, ob Sie nur bürokratisch verwalten können oder auch in der Lage sind, in rasch wechselnden Lagen zu handeln, denn es ist durchaus davon auszugehen, dass noch weitere Überraschungen warten.

Um es Ihnen in der Kommunikation etwas einfacher zu machen, wird dieser Rekurs unzensiert auf meiner Homepage<sup>15</sup> veröffentlicht, dies vor allem auch wegen den allgemeinen öffentlichen Gebühren, aber selbstverständlich auch, um Ihren wahren Charakter darzustellen.

---

<sup>15</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton St. Gallen  
[https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/rekurs\\_verfuegung\\_not\\_wil.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/rekurs_verfuegung_not_wil.pdf)

Im Zusammenhang mit dieser Veröffentlichung sei hier erwähnt, dass ich nicht geneigt bin, einzelnen gewisse Themen individuell zu erklären. Dafür sind die entsprechenden Texte vorgesehen. Irgendwann muss man sich die Mühe nehmen, um im Leben selber handeln zu können, ansonsten wird man ständig behandelt. Aus diesem Grund bitte ich alle, Ihre angedachte Mitteilung an mich zuerst durch die drei Siebe des Sokrates zu werfen.

Wie bereits erwähnt, behalte ich mir ausdrücklich vor, meine Bedingungen jederzeit anzupassen. Im Weiteren halte ich an meiner eigenen Versicherung fest, wie sie am Schluss im DER SPIEGEL niedergeschrieben ist.

Die Abgabe der Rekusschrift erfolgt in vier Exemplaren.

Adieu

Mensch Alex Brunner

## Anhang – Allgemeiner Gebührentarif

Solange sämtliche Behörden des Kantons St. Gallen nicht die beglaubigte Legitimation erbringen, dass sie hoheitliche Handlungen ausüben dürfen und/oder deren Verantwortliche handelsrechtlich nicht legitimiert sind, Handlungen rechtsgültig vorzunehmen, gilt nachstehender Gebührentarif und zwar für alle Instanzen und Abteilungen im gesamten Kanton. Dabei sind Städte, Gemeinden etc. inbegriffen.

Mit dieser Gebühr sind von den Behörden den Menschen und Firmen zugefügte Schäden nicht abgedeckt. Diese können zusätzlich eingeklagt werden. Im Weiteren steht allen betroffenen Menschen oder Firmen die Möglichkeit offen, gegen einzelne Akteure sowohl straf- als auch zivilrechtlich vorzugehen.

Der nachstehende Gebührentarif umfasst nicht alle Handlungen und ist deshalb unvollständig. Mit allen durch die Behörden und deren Vertreter ohne Legitimation erbrachten Handlungen wird automatisch die entsprechende Gebühr fällig. Soweit nicht bereits publiziert, haben sich die Betroffenen in jedem Fall vorher zu vergewissern, ob die entsprechende Firma legitimiert ist.

Handlung	Gebühr in Gramm Feingold/Handlung und Betroffene
§ Pro Korrespondenz aller Art ohne Kostenfolge kann der Adressat die Gebühr einfordern	50
§ Pro Korrespondenz aller Art mit Kostenfolge, Rechnungen, Bussen etc. kann der Adressat die Gebühr einfordern, wobei die Forderung nicht geschuldet ist	100
§ Pro erteilte Bewilligung oder Verfügung. Jeder der eine Bewilligung/Verfügung anfechten kann oder selbst davon betroffen ist kann die Gebühr einfordern	500
§ Inkraftsetzung von Verordnungen und Gesetzen, jeder Betroffene kann die Gebühr einfordern	1000
§ Pro durchgeführte Kontrolle oder Augenschein können die Betroffenen die Gebühr einfordern	100
§ Versand jeglicher Korrespondenzen in Gerichtsfällen. Alle Parteien in diesem Fall sind berechtigt, die Gebühr einzufordern	500
§ Gerichtsentscheide bzw. Gerichtsurteile. Alle Parteien in diesem Fall sind berechtigt, die Gebühr einzufordern	2000
§ Anhalten durch die Polizei	500
§ Verhaftung durch Polizei oder Staatsanwaltschaft	2000
plus pro Kalendertag Haft	50
§ Pflicht zum Tragen von Gesichtsmasken in COVID-Pandemie, jeder Mensch, pro Monat	50
§ Zwang zur Angabe von privaten Angaben wie Name, Adresse, Telefon und Mail-Adresse etc. im Zusammenhang mit der COVID-Pandemie, alle Betroffenen	100
§ Zwang zum Einrichten von speziellen Zugängen, Desinfektionplätzen, Abschränkungen, separaten Räumen etc. Jede betroffene Firma, die dazu genötigt wird/wurde, kann das einfordern	1000